



⇒ **Magdalene Hengst**

Reproduktive Gerechtigkeit als Konzept: Widerständige Praxis und Überlebensstrategie

Als eine der ur-feministischen Forderungen gilt das Recht auf eine selbstbestimmte Umgangsweise mit dem eigenen Körper und damit auch das Recht auf Abtreibung. Gerade im Zuge der Anklage gegen die Gynäkologin Kristina Hänel, die vor Gericht steht, weil sie auf ihrer Homepage über Abtreibungen informierte, steht der Paragraph 219a des Strafgesetzbuches wieder besonders in der Kritik.¹ So wichtig es ist, Abtreibungen zu entkriminalisieren und auf leicht zugängliche Informationen zu bestehen, gerät bei diesen Forderungen oft aus dem Blick, dass das Recht auf Abtreibung nur eine Seite der Medaille ist, wenn es um die Selbstbestimmung über den eigenen Körper geht.

Da kommt der soeben erschienene Sammelband *Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit* des Herausgeber*innen-Kollektivs *Kitchen Politics* gerade recht. Das Recht auf Abtreibung wird hier neben das Recht gestellt, Kinder zu bekommen und damit einhergehend Zugang zu Gesundheitsversorgung und -informationen zu erhalten. Selbstbestimmung von Frauen wird hier in einem weiteren Kontext als die Forderungen *weißer*, akademisierter, wohlhabender heterosexueller Cis-Frauen verstanden und nimmt

auch die Lebensrealitäten und Diskriminierungserfahrungen von Trans-, lesbischen, be_hinderten und Schwarzen Frauen sowie queeren, intergeschlechtlichen und nichtbinären Personen in den Blick, ohne jedoch unterschiedliche Forderungen gegeneinander

Kitchen Politics (Hg.) (2021): Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit. Mit einem Grundlagentext von Loretta J. Ross (Queerfeministische Interventionen), Münster (Westf.): edition assemblage. 144 S., ISBN 978-3-96042-110-8, EUR 9.80.

DOI: 10.18156/eug-2-2021-rez-11

(1) Kurz nachdem diese Rezension geschrieben wurde, verkündeten die Koalitionspartner der neuen Bundesregierung SPD, Grüne und FDP, den Paragraphen 219a streichen zu wollen; wie es mit Hänel's eingereicherter Verfassungsbeschwerde gegen ihre Verurteilung weitergeht, ist zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch unklar.

ausspielen zu wollen.²

Der Sammelband und die Arbeitsweise des Kollektivs stellen selbst schon eine politische und widerständische Intervention dar. Denn *Kitchen Politics* macht es sich zur Aufgabe, aus einer herrschaftskritischen Perspektive gegenwärtige gesellschaftliche Themen wissenschaftlich zu analysieren, dabei aber gängige akademische Dogmen in Sachen Stil und Form zu durchbrechen. So versammelt die vorliegende Ausgabe in kleinem und vor allem leserlichem, leicht zugänglichem Format kurze Texte. Dabei oder gerade deswegen büßen die Analysen in ihrer Klarheit nichts ein und geben aufgrund ihres Zugangs zwischen akademischem Hintergrund und Aktivismus eine fruchtbare Diskussionsgrundlage.

Doch was bedeutet ›reproduktive Gerechtigkeit‹ überhaupt? Das titelgebende Konzept untersucht, welchen Menschen es erschwert bis unmöglich gemacht wird, Kinder zu bekommen, und in welchen Kontexten hingegen Abtreibung kriminalisiert und (nahezu) verunmöglicht wird. In biopolitischer Tradition nimmt dabei der Staat als Bevölkerungskontrolleur einen wichtigen Stellenwert ein. Das Konzept arbeitet auf diese Weise die historischen Kontinuitäten des ungleich verteilten Zugangs zur Gesundheitsversorgung heraus und stellt sie in Be-

(2) Herausgeber*innen der *Kitchen Politics*-Reihe sind Darja Klingenberg, Mike Laufenberg, Susanne Schultz, Sarah Speck, Vanessa E. Thompson (ehemalige Mitglieder sind Felicita Reuschling, Chris Tedjasukmana, Bini Adamczak). In der kritischen Weißseinsforschung hat es sich etabliert, ›weiß‹ kursiv zu schreiben. Auf diese Weise wird betont, dass es sich dabei um eine politisch konstruierte Kategorie handelt, die oft unsichtbar bleibt, weil sie als Norm begriffen wird. *Weiß* meint nicht die ›wirkliche‹ Hautfarbe, sondern zielt auf die gesellschaftspolitische (Macht-)Position einer Person ab. Schwarz hingegen wird großgeschrieben, weil es die politische Selbstbezeichnung für eine Identität darstellt (vgl. beispielsweise Noah Sow (2009): *Deutschland Schwarz Weiß*, München: Goldmann). Cis oder cisgeschlechtlich bedeutet, dass die Geschlechtsidentität eines Menschen mit dem Geschlecht übereinstimmt, das ihm bei seiner Geburt anhand der Genitalien zugeschrieben wurde. Dem gegenüber steht trans oder transgeschlechtlich; hier unterscheiden sich Geschlechtsidentität und Zuschreibung voneinander. Nicht-binarität entzieht sich der dichotomen Logik von männlich und weiblich als den beiden einzigen geschlechtlichen Identitäten. Inter bedeutet, dass das körperliche Geschlecht (beispielsweise die Genitalien oder die Chromosomen) einer Person nicht der medizinischen Norm von ›eindeutig‹ männlichen oder weiblichen Körpern zugeordnet werden kann. Queer wurde als ehemaliges Schimpfwort für schwule Männer mittlerweile als positive Selbstbezeichnung angeeignet und ist nun ein Sammelbegriff für Menschen, die ihre Identität außerhalb der heterosexuellen Cis-Norm verorten (vgl. beispielsweise <https://queer-lexikon.net>).

ziehung zu rassistischen, klassistischen sowie kolonial gewachsenen und bis heute andauernden Strukturen. In der Einleitung des Sammelbandes wird ›reproduktive Gerechtigkeit‹ als analytisches Konzept oder politischer Rahmen, aber zugleich als dringliche Forderung und Handlungsanweisung eingeführt (vgl. 7). Damit einhergehend ist nun zweierlei wichtig: Einerseits darf nicht vergessen werden, woher das Konzept kommt. Denn sein Ursprung aus dem Schwarzen Feminismus der USA ist Teil seiner subversiven Kraft. Er markiert eine intersektionale Öffnung des Feminismus und zeigt zugleich auf, dass Schwarze und queer-feministische Forderungen nicht erst seit Kurzem existieren, sondern immer schon da waren, aber vom westlichen und *weißen* Feminismus marginalisiert wurden. Zweitens darf das Konzept nicht ohne Anpassungen auf den deutschen Diskurs übertragen werden, um der deutschen Geschichte mit ihrer Kolonialvergangenheit und dem Nationalsozialismus explizit Rechnung zu tragen. Der Sammelband unternimmt diesen anspruchsvollen Versuch.

Im ersten Beitrag (17–60) aktualisiert die Aktivistin und Theoretikerin Loretta J. Ross den von ihr im Jahr 1994 mitentwickelten Ansatz der ›reproduktiven Gerechtigkeit‹, der damals eine Reaktion auf die UN-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung (Kairo) darstellte. Sie beschreibt das Konzept als eine traditionsreiche Praxis in queeren und Schwarzen Communities, um sich gegenseitig vor Gewalt zu schützen. Sie ist damit eine schon existierende Überlebensstrategie und ein Bündel an Forderungen zugleich. Mit Verweis auf die Menschenrechte stellen vier Grundforderungen den Rahmen für ›reproduktive Gerechtigkeit‹ dar, die über ihre Herkunftscommunities hinaus für alle Menschen gelten sollen, die Kinder bekommen können oder wollen (vgl. 19): 1. Das Recht, Kinder unter selbstgewählten Bedingungen zu bekommen; 2. Das Recht, kein Kind zu bekommen (durch Empfängnisverhütung, Abtreibung oder sexuelle Abstinenz); 3. Das Recht, Kinder sicher und frei von (staatlicher) Gewalt großzuziehen; und 4. Das Recht auf sexuelle Autonomie, geschlechtliche Selbstbestimmung und sexuelle Lust (erweitert 2012).

Ross führt an dieser Stelle nicht weiter aus, inwiefern sich ›reproduktive Gerechtigkeit‹ auf Menschenrechte beruft. So konkret wie hier sind sie zumindest in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN nicht ausformuliert. Geht es ihr um Menschenrechte in einem naturrechtlichen und allgemeingültigen Sinn, der sich nicht auf existierende Verträge bezieht? Oder bedeuten die vier Forderungen für sie

die Konkretisierung der UN-Menschenrechtscharta – beispielsweise des Rechts auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person (Artikel 3) oder des Rechts auf Familiengründung (Artikel 16), damit sie nicht mit beliebigem Inhalt gefüllt werden können und so zahnlos werden? Es irritiert, dass ein Konzept, das den Staat für seine Repressionen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen radikal kritisiert und zu fehlenden Gesundheitszugängen bereits Alternativen als gelebte Praxis aufzeigt, sich auf ein derart liberales und auf Staaten angewiesenes Konstrukt wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte stützt.

›Reproduktive Gerechtigkeit‹ als Ansatz erhebt mit seinen vier Grundforderungen einerseits den Anspruch, als universelle Folie hinsichtlich reproduktiver Rechte und sozialer Gerechtigkeit benutzt werden zu können; andererseits bezieht er mit ein, dass Misogynie nicht alle Frauen, Queers und nichtbinäre Menschen gleichermaßen betrifft. Die Autorin zeigt in ihrem Artikel anhand zahlreicher Beispiele auf, wie nahezu jeder Bereich menschlichen Lebens direkt oder indirekt von reproduktiven Politiken beeinflusst wird, und kommt zu der treffenden foucaultschen Erkenntnis: »Denn Imperien brauchen Körper.« (24) ›Reproduktive Gerechtigkeit‹ erweitert feministische Forderungen damit um das derzeit ungleich verteilte Recht, Kinder zu kriegen, ohne aber Bewegungen zu unterstützen, die sich gegen Abtreibung aussprechen. Spannend ist die Diagnose der Autorin, dass Intersektionalität als »Trendkonzept« weder unter- noch überschätzt werden dürfe (27). Damit meint sie, dass sich gegenseitig verstärkende und beeinflussende Unterdrückungsformen wie Rassismus, Sexismus oder Ableismus³ in ihren Beziehungen untereinander und nicht einfach nebeneinandergestellt untersucht werden müssen, am Ende aber all jene Formen der Diskriminierung in mehr oder weniger ausgeprägte materielle Prekarität und Unsicherheiten münden.

Utopischen und emanzipativen Charakter bekommt das Konzept durch den Verweis auf die Notwendigkeit einer Re-imagination des Selbst. Denn gerade Trans- oder Schwarze Frauenkörper würden durch einen maskulinistischen und *weißen* Blick zu Objekten degra-

(3) Ableismus (engl: able=fähig) bezeichnet die Diskriminierung gegenüber be_hinderten und chronisch kranken Menschen. ›Be_hindert‹ ist eine Schreibweise, die den Fokus auf die Behinderung *durch* die Gesellschaft legt. Sie folgt also dem Ansatz, dass ein Mensch nicht immer schon be_hindert ist, sondern aufgrund äußerer Barrieren und ableistischer Strukturen be_hindert gemacht *wird*.

diert. Der eigene Körper müsse wieder als Ort zurückerobert werden, an dem man Lust empfinden und selbstbestimmt entscheiden kann. Dafür ist der Entwurf von Gegennarrativen eine mögliche Strategie. Ross schreibt: »Geschichten machen unser individuelles und unser Community-Überleben wahrscheinlicher.« (31) Geschichten erzählen wird hier also verstanden als Sinnstiftung und als Praxis, um Repräsentation sowie Vorbilder für andere zu schaffen.

Eins wird in Ross' Artikel deutlich: Kinder (nicht) zu bekommen, war und ist fremdbestimmt, auch wenn sich die Politiken und Strategien im Verlauf der Zeit ändern und sogar auf den ersten Blick gegenläufige Ziele verfolg(t)en: Sei es, wenn Ross davon schreibt, wie Sklav*innen gezwungen wurden, Kinder zu kriegen, um mehr Arbeitskräfte für Kolonialherren bereitzustellen (vgl. 41), oder konträr dazu, wie Migrant*innen und inhaftierte Personen in den Jahren 2014 und 2020 in den USA zwangssterilisiert wurden. In beiden Fällen geht es um die Kontrolle und *weiße* Vorherrschaft gegenüber unterdrückten nicht-*weißen* Gruppen. Ross geht so weit, von einem reproduktiven Genozid zu sprechen (vgl. 37). Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe umzubringen oder ihnen das Recht zu verwehren, Kinder zu kriegen, mag der gleichen menschenverachtenden Logik entspringen. Die Frage ist aber, ob nicht doch ein Unterschied gemacht werden sollte zwischen getöteten Menschen und noch nicht existierendem Leben, allein um sich gegen reaktionäre *Pro Life*-Bewegungen abzugrenzen.

›Reproduktive Gerechtigkeit‹ nach Ross ist nun also dreierlei: Die radikale Kritik bestehender Verhältnisse und Einbettung jener in ihre geschichtliche Verwobenheit (1), das Aufstellen mutiger Forderungen, wie Selbstbestimmung gelingen kann, wenn sie ernst gemeint sein soll (2), und das Aufzeigen schon bestehender Praktiken marginalisierter Communities, um den genannten Verhältnissen entgegenzutreten und Forderungen selbst umzusetzen, wenn staatliche Institutionen versagen (3).

An diesem Theorie- und Konzeptrahmen arbeiten sich die darauffolgenden Artikel ab. Anthea Kyere wendet in ihrem Beitrag mit dem Titel ›Kämpfe verbinden‹ (61–71) als erste von drei Autor*innen ›reproduktive Gerechtigkeit‹ auf den deutschen Kontext an. Wie verwoben deutsche Politik und Wirtschaftsinteressen mit Fragen nach ›reproduktiver Gerechtigkeit‹ sind, zeigt der Artikel in spannender Chronologie auf: Er behandelt pronatale Strategien der Kolonialherren im

damaligen ›Deutsch-Ostafrika‹, um dann auf Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen unerwünschter Bevölkerungsgruppen im Nationalsozialismus einzugehen (vgl. 63f.). Doch auch nach 1945 sei die Kontrolle der Bevölkerungszahl ein wichtiger Bestandteil deutscher Politik, wenn auch auf subtilere Weise. Am Beispiel des gehaltsabhängigen Elterngeldes arbeitet Kyere heraus, dass primär wohlhabenden, heterosexuellen Frauen und Paaren in Deutschland Anreize gegeben werden, am staatlich gesetzten Ziel des Bevölkerungswachstums mitzuwirken (vgl. 64–66). Auch hinsichtlich globaler Bevölkerungspolitiken spiele Deutschland eine große Rolle. Kyere untersucht anhand des im globalen Süden vermarkteten deutschen Verhütungsimplantats *Jadelle* (Bayer), wie über rassifizierte Grenzbeziehungen in Verbindung mit kapitalistischen Verwertungslogiken entschieden wird, wem das Recht auf Kinder verunmöglicht wird.

Schon bestehenden Praktiken der ›reproduktiven Gerechtigkeit‹ in Deutschland widmet sich der nachfolgende Text ›Austausch mit und in einem Berliner Netzwerk‹ (73–95). Vier Personen aus der aktivistischen Praxis diskutieren gemeinsam über verschiedene Strategien, marginalisierten Gruppen hinsichtlich einer Gesundheitsversorgung und ›reproduktiver Gerechtigkeit‹ zu unterstützen und zu *empowern*. Alle Diskussionsteilnehmenden thematisieren den tief verwurzelten Ableismus, Rassismus und die Queer-, Trans- und Inter-Feindlichkeit im deutschen Gesundheitssystem, wenn beispielsweise von Rassismus betroffene Menschen nicht ausreichend medizinisch beraten oder be_hinderte Menschen trotz Verbot zwangssterilisiert werden. Durch die geschilderten Erfahrungen sensibilisiert der Beitrag auch für die ungeheure Verletzbarkeit, der man in Kontexten von Reproduktionsmedizin und -vorsorge ausgesetzt ist: Bei Abtreibungen, Geburten und anderen Ärzt*innenbesuchen sind Menschen abhängig von zuständigen Ärzt*innen und dem Pflegepersonal sowie der etwaigen Finanzierung von Leistungen.

Der Aufsatz ›Gefährliche Kurzschlüsse‹ (97–123) von Susanne Schultz legt den Fokus auf die Veränderung der staatlichen Reproduktions-Kontrolle von einem aktiven Töten in der Vergangenheit hin zu einem passiven, jedoch nicht weniger intendierten Sterbenlassen in Deutschland. Diesen Befund setzt sie in Beziehung zur Rolle staatlich erhobener Statistiken, die Menschen und ihre Lebensrealitäten zu Zahlen degradieren und verwaltbar machen (vgl. 99; 104). Dadurch kann sie Widersprüche deutscher Demografiepolitik aufzeigen, die

rassistisch begründet sind. Einerseits problematisiere der deutsche Staat, dass die Gesellschaft zunehmend altert. Andererseits verfolge er restriktive Politiken hinsichtlich des Erlangens einer Staatsbürgerschaft für Neubürger*innen. Außerhalb der ›eigenen‹ schrumpfenden Bevölkerung herrsche darüber hinaus die neo-malthusianische Vorstellung vor, dass ein ›Überschuss‹ an Menschen existiert, der minimiert werden muss. So laute etwa ein umweltpolitischer Lösungsvorschlag gegen den Klimawandel, Ressourcen durch Geburtenrückgang zu schonen (vgl. 100). Schultz kritisiert aber nicht nur das Vorhaben seitens westlicher Umwelt- und ›Entwicklungspolitiken‹, die Bevölkerungszahlen im globalen Süden zu verringern, sondern auch die Auffassung einiger Feminist*innen des globalen Nordens (u.a. Donna Haraway), die einen ›Gebärstreik‹ wohlhabender, ressourcenverbrauchender Frauen fordern, um so dem Klimawandel entgegenzuwirken. Es sei »gefährlich, malthusisch zu jonglieren« (111) und wissenschaftlich nicht haltbar, von einer »Vererbung des Ressourcenverbrauchs« auszugehen (112). Die Kritik Schultz' wirkt an dieser Stelle etwas dünn, wenn man derzeitige (Nicht-)Anstrengungen betrachtet, CO₂-Emissionen zu verringern. Haraways Ansatz könnte in dem Sinne als eine kritische Intervention und Sichtbarmachung gerechtfertigt werden, indem er darauf hinweist, wer für Umweltausbeutung verantwortlich ist und deswegen auch dafür bezahlen sollte.

Der nächste Beitrag ›Ein erneuter Aufruf zum feministischen Widerstand gegen Bevölkerungskontrolle‹ (125–133) ist die Übersetzung des Aufrufs angesichts der UN-Konferenz ICPD+25 in Nairobi zu Fragen der Weltbevölkerung des Jahres 2019. Der Aufruf skandalisiert, dass auch 20 Jahre nach der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo immer noch neo-malthusische Strategien in Ländern des globalen Südens durchgesetzt würden. Im Namen von sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten werden, so heißt es in diesem Text, Strategien der Bevölkerungsreduktion im globalen Süden als *Empowerment* verkauft (vgl. 126f.). Der Aufruf endet mit einem Forderungskatalog, der ›reproduktive Gerechtigkeit‹ und Fragen des Umweltschutzes zusammendenkt und beispielsweise einfordert, Hauptverantwortliche für den Klimawandel endlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Das Buch schließt mit dem Beitrag ›Queere Wahlfamilien und Community-Building‹ (135–141), der sich weniger mit gegenwärtigen Repressionen gegenüber marginalisierten Personen auseinandersetzt, sondern aufzeigt, welche subversiven Praktiken es aus den Commu-

nities heraus in Deutschland schon gibt. Als Beispiele nennt Jin Haritaworn Veranstaltungen in Berlin, an denen neue Theorien und queere Alternativen zu dominanten Raum-Politiken und Gentrifizierung erdacht werden, oder die Praxis, Care-Kollektive als Wahlfamilien zu begreifen.

Das Konzept der ›reproduktiven Gerechtigkeit‹ ist durch einen Un-dogmatismus und den Anspruch gekennzeichnet, Verbündete miteinzubeziehen, ohne seine radikal transformativen und konkreten Forderungen aufzugeben; dies macht seine Stärke aus. Die Beiträge dieses Bandes zeigen auf, dass die Frage danach, wer Kinder bekommen darf und wem eine Abtreibung verwehrt wird, zwei sehr unterschiedliche Formen der Misogynie darstellen und es je nach Zusammenspiel mit weiteren Diskriminierungsformen zu der einen oder der anderen Ausprägung dieser Misogynie kommt.

Die unterschiedlichen Dimensionen von Diskriminierung, die in den Beiträgen für ein egalitäres Gesundheitssystem mitgedacht werden, wirken wie ein Türöffner: An vielen Stellen will man mehr wissen, weil so viele unterschiedliche Formen der Marginalisierung sowie deren Beziehungen zueinander mitgedacht werden. Man muss sich dann mit einer Fußnote zufriedengeben, beispielsweise wenn es um die Verunglimpfung Schwarzer Mütter geht, also um die ganz spezifische Form der Verquickung von Rassismus und Sexismus hinsichtlich gesellschaftlicher Vorstellungen über unterstützenswerte Mutterschaft (vgl. 25). Dadurch wirkt der Sammelband wie ein Kaleidoskop, das immer neue Facetten aufzeigt, diese aber nur streift und an vielen Stellen schnell zur nächsten spezifischen Repressionsform gelangt. Dieser Umstand macht neugierig auf weitere Texte der Autor*innen. In vielen Beiträgen scheint ›reproduktive Gerechtigkeit‹ in ihrem fundamentalsten Sinn auf: als gegenseitige Unterstützung, um das Überleben als solches zu sichern. Es geht dann beispielsweise nicht mehr ›nur‹ um die ungleich verteilte Sozialleistung ›Elterngeld‹, sondern wortwörtlich um das Leben selbst, wenn sich beispielsweise queere Wahlfamilien »einander in einer feindlichen Welt am Leben zu halten« versuchen (138). Beides hängt aber untrennbar zusammen.

›Reproduktive Gerechtigkeit‹ ist zweierlei: Ganz konkreter Forderungskatalog auf der einen Seite und sehr breit gefasstes Ideal für eine freie körperliche Selbstentfaltung auf der anderen Seite. Manchmal habe ich mich beim Lesen gefragt, warum das Buch nicht stärker das emanzipative Potenzial in den Vordergrund stellt, statt immer

wieder verschiedenste Formen der Unterdrückung zu analysieren, dreht es sich bei ›reproduktiver Gerechtigkeit‹ doch um ein Konzept, das ebenjene Unterdrückungsmechanismen bekämpfen will. Dann wurde mir klar, dass schon dieses Sichtbarmachen der Repressionen als machtvolles Instrument im Kampf gegen ›reproduktive Ungerechtigkeit‹ angesehen werden muss. Erst durch die Schaffung eines entsprechenden Bewusstseins können Gegenerzählungen gefunden werden, die ein inklusiveres Gesundheitssystem möglich machen. *Mehr als Selbstbestimmung!* macht deswegen zugleich wütend und Mut, gibt Hoffnung, dass eine andere als die derzeitige Welt möglich ist und zeigt vor allem, wie wichtig und wirksam Geschichten sind: Geschichten von gemeinsam lebenden und kämpfenden Körpern, deren Überleben doch eigentlich verunmöglicht wird. Diese Erzählungen zeigen auch den performativen Widerspruch auf, den das Buch hinterlässt: Für etwas Fundamentales wie das Recht auf die Selbstbestimmung des eigenen Körpers kämpfen zu müssen, ohne dass die Ressourcen für einen solchen Kampf wirklich vorhanden sind.

Magdalene Hengst, *1992, M.A. Politische Theorie, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Anthropologie, Kultur- und Sozialphilosophie an der Universität Siegen (magdalene.hengst@uni-siegen.de).

Zitationsvorschlag:

Hengst, Magdalene (2021): Rezension: Reproduktive Gerechtigkeit als Konzept: Widerständische Praxis und Überlebensstrategie. (Ethik und Gesellschaft 2/2021: Friedensethik und Geopolitik). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2021-rez-11> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2021: Friedensethik und Geopolitik

Peter Rudolf: Ein neuer ›kalter Krieg‹? Friedensethisch relevante geopolitische Trends

Wolfgang Huber: Streit um den gerechten Frieden – Aktuelle Herausforderungen der Friedensethik

Bernhard Koch: Die kirchliche Friedensdebatte – Beobachtungen aus philosophischer Sicht

Julian Zeyher-Quattlender: Wieviel Gewaltfreiheit verträgt der Gerechte Frieden? Zur gegenwärtigen Debatte um Aufbrüche jenseits der Rechtsethik innerhalb der evangelischen Friedensethik in Deutschland

Max Weber: To Hack Back or Not? Eine friedensethische Analyse von Cyberoperationen vor dem Hintergrund des Leitbilds des Gerechten Friedens

Nicole Kunkel: Autoregulative Waffensysteme. Automatisierung als friedensethische Herausforderung – ein Werkstattbericht